

Europa**br**ief

Nr. 34 · September 2006

Informationen des Brandenburger Europaabgeordneten Norbert Glante

WER HAT ANGST VOR DEM POLNISCHEN KLEMPNER?

Während des EU-Verfassungsreferendums in Frankreich malten EU-Skeptiker „den polnischen Klempner“, der französische Arbeitsplätze bedrohe, als das den sozialen Frieden bedrohende Schreckgespenst schlechthin an die Wand. Aus der historischen Chance der Erweiterung der EU wurde mit Hilfe populistischer Parolen eine gefährliche Bedrohung. Wunderbar leicht und wohlthuend ironisch reagierten dagegen die polnischen Touristikbehörden auf die antipolnische Anmache: Ein attraktiver, kräftiger junger Klempner mit Grübchenlächeln versicherte den verängstigten Franzosen, in Polen bleiben zu wollen und lud sie stattdessen ein, sein Land kennen zu lernen.

Die öffentliche Reaktion war enorm. Viele Französinen waren begeistert von Piotr Adamski, der als männliches Model für die bislang erfolgreichste Werbekampagne des polnischen Tourismus posierte. Für das Image Polens war dieser „Gegenschlag“ ein überwältigender Erfolg. Die *Gazeta Wyborcza* berichtete, dass die Zahl der Franzosen, die im Gefolge der Kampagne nach Informationen über einen Urlaub in Polen fragten, um 40 Prozent gestiegen sei, die Zahl der Besucher auf der Internetseite des Büros hatte sich sogar verzehnfacht. Nehmen wir dies als ein Beispiel gelungener grenzüberschreitender europäischer Kommunikation.

Was in Frankreich zu politischen Protesten mit weitreichenden Folgen führte, ließ die eher europaskeptischen Menschen im Vereinigten Königreich kalt. Im Gegenteil, ausgerechnet ein Brite (!), der Botschafter Großbritanniens in Berlin Sir Peter Torry, erklärte den auch in Deutschland verunsicherten Arbeitnehmern und Europaskeptikern ein ums andere Mal, dass derselbe polnische Klempner, der in Frankreich für anti-europäische Reaktionen sorgte, in London höchst willkommen sei, damit endlich wieder zu angemessenen Preisen Leitungen in-

stand gesetzt, Rohre verlegt und tropfende Wasserhähne repariert werden könnten. Die Preise für diese Dienstleistungen seien für die Bürger nämlich in unbezahlbare Höhen gestiegen.

Was sagt uns das und was kann man daraus lernen?

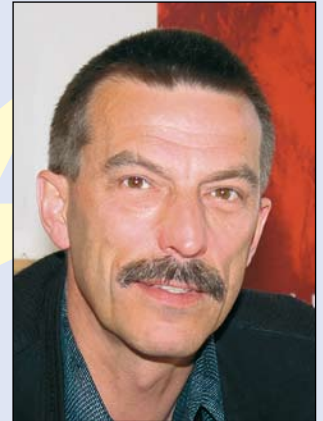
Die Europäische Union ist noch weit davon entfernt, ein einheitlicher Wirtschafts- und Sozialraum zu sein. Wenngleich das Ziel eines gemeinsamen Marktes mit der Verbesserung und Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen seit dem Vertrag von Amsterdam 1999, als die EU erstmals sozialpolitische Kompetenzen bekam, zu den Zielen eines europäischen Sozialmodells gehört.

Hierbei reichen die unterschiedlichen politischen Vorstellungen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union von

marktradikalen Überzeugungen, die den Staat am liebsten wieder auf seine im 19. Jahrhundert eingenommene Nachtwächterrolle reduzieren wollen und für die sozialer Ausgleich ein Fremdwort ist, bis hin zu Sozialstaatsmodellen wie dem schwedischen, das sich über hohe Steuern und Abgaben finanziert und dem Allgemeinwohl verpflichtet weiß. Wer also das europäische Sozialmodell retten will, muss sagen, welches er meint. In Europa gibt es viele verschiedene. Welche Elemente der unterschiedlichen Sozialsysteme in Zukunft dominieren, wird nicht zuletzt von den politischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten abhängen.

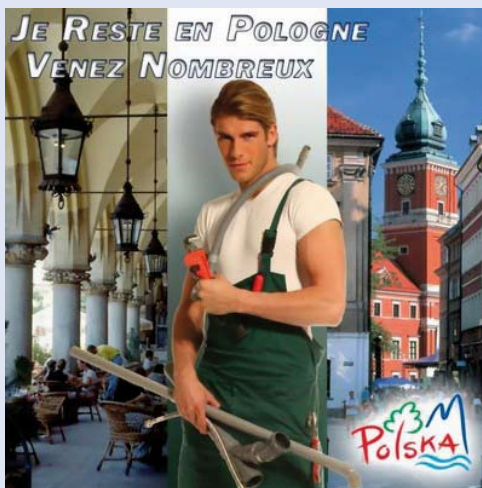
EU-Parlament für ein Europäisches Sozialmodell

Am 6. September 2006 hat sich eine große Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (507:113:42) für ein zukunftsfähiges Europäisches Sozialmodell ausgesprochen. Diese gemeinsame



INHALT

Wer hat Angst vor dem polnischen Klempner?	1
Literaturempfehlungen	2
Wussten Sie eigentlich ...	3
Vor Ort in Brandenburg	4/5
Zentralamerikanisch-europäisches Forum	6
Kleine und mittlere Unternehmen	7
Neue Gesichter im Büro Brüssel	7
Termine, Publikationen, Kontakte	8



„Ich bleibe in Polen. Kommt zahlreich!“



Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerpause ist vorbei, der Urlaub liegt schon wieder weit zurück, und natürlich hat man ebenfalls im Europäischen Parlament die Arbeit wieder aufgenommen. Auch dort werden der Libanonkrieg sowie die Ereignisse in Ungarn heiß diskutiert. Ansonsten laufen die Vorbereitungen zur deutschen Ratspräsidentschaft ab 1. Januar 2007 an, deren Schwerpunkte ein Thema des nächsten Europabriefes werden. In dieser Ausgabe wird es um das Europäische Sozialmodell gehen, und Entwicklungen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen werden vorgestellt. Außerdem finden Sie Informationen über die wieder auf dem Spielplan stehende Dienstleistungsrichtlinie sowie über die Ereignisse im Wahlkreis von Norbert Glante. Schließlich machen wir auf einen Mitarbeiterwechsel im Brüsseler Büro des Europaabgeordneten aufmerksam und begrüßen gleichzeitig die dortige neue Praktikantin.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre des Europabriefes!

Ihr Redaktionsteam

Ketil Bjørnstad
Villa Europa Roman



Ketil Bjørnstad: Villa Europa, Verlag Suhrkamp Taschenbücher 2005

Erik Ulven und seine Frau gehören zur wohlhabenden Osloer Gesellschaft. Doch das Leben der Reichen beginnt Erik zu langweilen, und er verschwindet eines Tages, ohne Abschied, um 7 Jahre lang anderswo sein Glück zu suchen. Er durchquert ganz Europa und lebt vom Geld, das seine Frau ihm schickt. Sie „reist“ mit ihm, denn sie richtet die Zimmer des Hauses in der Art der Länder ein, die ihr Mann bereist. So wird die Villa mit der Zeit tatsächlich zu einer Art „Mini-Europa“ und zum Anlaufpunkt für Flüchtlinge und Asylanten. Bjørnstad verdeutlicht, dass Europa nicht von oben verordnet, sondern ein langfristig stabiles Europa nur durch den Beitrag des Einzelnen geschaffen werden kann. In einem rasanten Erzähltempo zieht Bjørnstad den Leser mit durch das gesamte 20. Jahrhundert.



Adolf Muschg
Was ist europäisch?

Adolf Muschg: Was ist europäisch?

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005

Der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg geht in diesem Buch der Geschichte Europas nach, um zu erkunden, was eigentlich „europäisch“ an Europa und den Europäern ist. Es ist nicht die Suche nach dem Wesen Europas, die Muschg betreibt. Aber er behält durchaus die Frage im Blick, ob es „das Europäische“ gibt und wenn ja, wie es zu umreißen sei. Für ihn, den ehemaligen Präsidenten der Berliner Akademie der Künste, ist der Kontinent mehr als eine Freihandelszone oder ein Wirtschaftsraum. Gerade in Zeiten der Globalisierung müssen sich, so Muschg, die Europäer ihrer Identität bewusst sein oder werden, um sich ihrer eigenen Geschichte und deren Lehren nicht zu entfremden. Der Schlüssel zu einem gastlichen, gesellschafts- und zukunftsfähigen Europa, so sein Resümee, liegt nicht in Brüssel, sondern „im persönlichen Haushalt jedes Einzelnen“.

Bundeszentrale für politische Bildung

Max Bläulich
Gatterbauerzwei
oder Europa
überleben



Max Bläulich: Gatterbauerzwei oder Europa überleben

Residenz Verlag, 2006

Als Sklave nach Europa verschleppt, Mitbringsel einer Afrika-Expedition, sucht Gatterbauerzwei, neben Alois Gatterbauer der zweite Diener seines Herrn, seine Heimat Uganda. Er landet über Um- und Irrwege in Ungarn, vegetiert vor sich hin, wird schließlich aufgegriffen und soll im Haus des Grafen Pallavicini zum kultivierten, katholisch bekehrten Salondienstler gemacht werden. Er lernt schnell, Umgangsformen, Kellnern, Deutsch – aber er lernt vor allem eines: zu hassen. Als in Serbien Thronfolger Franz Ferdinand ermordet wird und der Erste Weltkrieg ausbricht, ist er auf seine neue Rolle gut vorbereitet. Er zieht in den Krieg – für einen fremden Kaiser, einen fremden Gott, ein fremdes Vaterland. Wie überlebt man Europa, den wilden Kontinent, den permanenten Krieg im Herzen der Finsternis? Und was bedeutet Menschlichkeit, wo der Mensch nichts weiter ist als ein Spielball fremder Mächte – Sklave, Soldat, Schauobjekt, Lustobjekt und Ware? Der Autor entwirft auf der Grundlage penibel recherchierten historischen Materials das Bild einer zutiefst verkommenen Gesellschaft: Europa, eine Kultur, deren Werte von rassistischer Arroganz und Profitgier pervertiert sind und die über Leichen von einer Katastrophe in die andere stolpert.

Fortsetzung Seite 1

Werteordnung beruht auf der Wahrung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, auf Gleichheit, Solidarität, Freiheit und Demokratie und der Achtung der Menschenrechte.

Diese Werte, die mit dem europäischen Sozialmodell verbunden werden, sowie die Rechte und Pflichten des Einzelnen, Nichtdiskriminierung und Umverteilung mit Zugang für alle Bürger zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen und der Erhalt der hohen, bereits erzielten Sozialnormen sollen bewahrt und gestärkt werden.

Die Mehrheit der Abgeordneten ist davon überzeugt, dass die Wirtschafts- und Sozialsysteme dringend reformiert werden müssen, um dieses Ziel erreichen zu können. Nur dann können die Mitgliedsländer der Europäischen Union die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung und der Entwicklung im Bereich der Informationstechnologien erfolgreich bestehen. Auch wenn Beschäftigungs- und Sozialpolitik weitgehend in nationaler Zuständigkeit liegen, muss die EU einen stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Rahmen schaffen, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, die notwendigen Reformen auf nationaler Ebene effektiv vorzunehmen.

Das Parlament forderte die Kommission und den Rat auf, Vorschläge zu entwickeln, die zu einer besseren Ausgewogenheit von wirtschaftlicher Koordination auf der einen Seite und Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf der anderen beitragen. Darüber hinaus soll die unterschiedliche Steuerpolitik der Mitgliedstaaten besser koordiniert werden, um einen letztlich schädlichen Steuerwettbewerb zu vermeiden, eine dauerhafte Finanzierung des sozialen Schutzes zu gewährleisten und die Steuerpolitik beschäftigungsfreundlicher zu gestalten.

Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die die Politik der Europäischen Union tragen müssen. Und eines steht ganz sicher fest: Das soziale Europa muss Bestandteil der Europäischen Integration sein, damit die Menschen in Europa Vertrauen in die Europäische Union haben können. Nur dann hat Europa eine Zukunft.

Norbert Glante

WUSSTEN SIE EIGENTLICH ...

... DASS DIE EUROPAABGEORDNETEN MEHR ALS 5.000 SCHRIFTLICHE ANFRAGEN ...

im Jahr 2005 an die Kommission und den Ministerrat gerichtet haben – das sind mehr als 100 pro Woche, Tendenz steigend. Die Anfragen sind ein wichtiges Instrument der Abgeordneten, um parlamentarische Kontrolle über die EU-Verwaltung auszuüben, auf Missstände aufmerksam zu machen, Informationen zu beschaffen und die Kommission zum Handeln aufzufordern. Jedes Mitglied des Europäischen Parlaments kann pro Monat eine Anfrage mit Vorrang stellen. Für den Fall, dass der Ministerrat oder die Kommission nicht fristgerecht ant-

worten, kann die entsprechende Frage auf die Tagesordnung des zuständigen Parlamentsausschusses gesetzt werden; damit wird das Europäische Parlament seiner Kontrollfunktion gerecht. Sowohl die Anfragen als auch die Antworten werden im Amtsblatt der EU und auf der Website des Europaparlaments veröffentlicht. Hier soll in Zukunft auch genauer über die in schriftlichen Anfragen aufgeworfenen Themen berichtet werden. OJ



... DASS DIE DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE WIEDER IM PARLAMENT IST?

Der Gesetzgebungsprozess für die Dienstleistungsrichtlinie geht in die zweite Runde. Am 13.9. stellte die zuständige Berichterstatterin Evelyne Gebhardt (SPE) dem parlamentarischen Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) ihren Berichtsentwurf für die zweite Lesung vor. Darin spricht sie sich dafür aus, dass die Richtlinie generell auf alle Dienstleistungen von allgemeinem Interesse keine Anwendung finden solle, da solche Dienstleistungen grundlegend keinen wirtschaftlichen Hintergrund hätten. Demnach sollten insbesondere die Gesundheits- und Sozialdienste von der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen sein. Damit würde die Richtlinie wieder teilweise dem Standpunkt des Parlaments aus der ersten Lesung angepasst, als die Abgeordneten den Anwen-



dungsbereich genauer eingrenzen. Kritik an diesem Änderungsvorschlag kam von der finnischen Ratspräsidentschaft sowie von Konservativen und Liberalen. Der weitere Verlauf: Am 4. und 5.10. wird der Berichtsentwurf im IMCO diskutiert. Die Änderungsanträge werden am 9. und 10.10. zur Debatte stehen. Über den Bericht kann in einer Sondersitzung des IMCO am 23.10.2006 in Straßburg entschieden werden, falls die Konferenz der Präsidenten dem zustimmt. Die Abstimmung im Parlament ist für den 15.11.2006 vorgesehen. OJ

... DASS BALD NOCH MEHR TRANSPARENZ IN DER EU HERRSCHEN SOLL?



Nach Angaben des EU-Kommissars für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung, Siim Kallas, arbeiten gegenwärtig etwa 15.000 Lobbyisten in Brüssel. Diese Berater, Anwälte, Verbände, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen versuchen, insbesondere die Politik der Kommission und der Europaabgeordneten zu beeinflussen. Ihre jährlichen Einkünfte belaufen sich auf ungefähr 60 bis 90 Millionen Euro. In dem am 3.5.2006 veröffentlichten Grünbuch kündigte die Kommission Pläne zur Stärkung der für EU-Entscheidungssträger und Brüsseler Lobbyisten

geltenden Transparenz-Bestimmungen an. Uneinigkeit herrscht zurzeit noch über die notwendigen Maßnahmen. Die Kommission setzt auf ein von ihr verwaltetes Registrierungssystem auf freiwilliger Basis, die Einführung eines gemeinsamen Verhaltenskodex für alle Lobbyisten (von den Lobbyisten selbst entwickelt) und ein Überwachungs- und Sanktionssystem, das bei unrechtmäßiger Registrierung und/ oder Verstoß gegen den Verhaltenskodex angewendet werden soll. Die EU-Lobbyisten wollen hingegen eine Offenlegung ihrer Budgets verhindern und befürworten nur Minimalstandards für Transparenz. OJ

... DASS IM LIBANON-EINSATZ EUROPÄER DIE MEHRHEIT DER TRUPPEN STELLEN?

Bis zu 7.000 Soldaten, Franzosen, Italiener und wahrscheinlich Spanier wollen die EU-Staaten entsenden, dies ist fast die Hälfte des gesamten Truppenkontingents. Das Oberkommando wird der bereits im Libanon verantwortliche französische General Pellegrini bis Ende Februar 2007 innehaben, danach werden die Friedenstruppen durch Italien geführt. Das Europäische Parlament hat am 6.9.2006 beschlossen, eine Delegation in den Liba-



non, nach Palästina und Israel zu senden, um besonders die humanitären und politischen Bedingungen zu beobachten. Am 31.08.2006 hatte die EU-Kommission bereits für den Wiederaufbau im Libanon eine Soforthilfe von 42 Millionen Euro zugesagt. Insgesamt hat die EU bisher 107 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und wird eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau und auch bei der Behebung der ökologischen Schäden übernehmen. OJ

NORBERT GLANTE IN JÜTERBOG

Jüterbog. „Ich versuche überall mal vorbeizuschauen, aber das Land Brandenburg ist sehr groß“, meinte der Europaabgeordnete Norbert Glante am 1. September. Die Jüterboger Sozialdemokraten hatten ihn eingeladen, um näheres über den EU-Finanzrahmen und die neue Fördermittelperiode 2007-2013 zu erfahren. Zunächst vermittelte Glante ein bisschen Grundwissen zum EU-Haushalt, der mit ca. 100 Milliarden Euro dem Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen entspricht. „Wir sind der größte Einzahler, und das ist auch richtig, da Deutschland das größte Bruttosozialprodukt in der EU besitzt“, meinte der Wirtschafts- und Energieexperte. „Eigentlich müssten wir 1,27% unseres Bruttosozialprodukts an die EU abführen, real waren es in den letzten Jahren zwischen 0,9 und 0,97%“, fügte er an. Positiv bewertete er den Umschwung bei der Fördermittelvergabe von reinen Zuschüssen zu mehr Darlehen oder Beteiligungen der Landesinvestitionsbank an Unternehmen: „Geschenktes Geld wird nicht immer sinnvoll eingesetzt, das unternehmerische Risiko muss erhalten bleiben.“ Insgesamt sieht er die EU-Förder-Millionen in Brandenburg effektiv eingesetzt. So lobte er die Förderung der Wissenschaft wie z.B. im Biotechnologiepark Luckenwalde. Anders als viele seiner Politikerkollegen plädierte Glante klar für eine Transparenzrichtlinie. So sollte öffentlich gemacht werden, wie viel Fördermittel eine



Norbert Glante im Kreise Jüterboger Sozialdemokraten

Foto: U. Lehmann

Institution oder ein Unternehmen von der EU erhalten hat. „Das sind wir dem Steuerzahler schuldig, und der Wähler soll ruhig merken, wie viel Europa in uns steckt“, forderte der Europapolitiker. „Jüterbog möchte sich am Förderprogramm zur Entwicklung der ländlichen Region ‚Leader Plus‘ beteiligen, worauf sollten wir in der neuen Fördermittelperiode als Kommune noch achten?“, wollte Marcel Krüger, Ortsvereinsvorsitzender und Stadtverordneter, vom Experten

wissen. Für Glante ist die Vernetzung der Regionen das A und O. Er empfahl den Jüterbögern, gemeinsam mit den Regionen Spreewald und Berlin Kurzreiseangebote zu entwickeln, nach dem Motto „Einen Tag Hauptstadt, einen Tag Fläming-Skate, einen Tag Spreewaldgurke“. Aber auch die Infrastruktur und die Wohnumfeldqualität für die Einwohner dürften nicht vernachlässigt werden, um als Region attraktiv zu bleiben. UL, ES

„KEINE ZUKUNFT OHNE KINDER“

Forst. Auf Einladung des Seniorenrates des Landes Brandenburg e.V. sprach der Europaabgeordnete Norbert Glante am 30. Juni auf der 4. Deutsch-Polnischen Seniorenkonferenz über Fragen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Polen. Die Konferenz mit überwiegend älteren, aber auch einigen jungen Teilnehmern aus Polen und aus Brandenburg stand unter dem Motto: „Unsere gemeinsame Verantwortung für das Zusammenleben von Jung und Alt“.

Norbert Glante sagte gleich zu Beginn seiner Ausführungen, dass die Bevölkerung in Deutschland zwar altert, aber dass es nicht zu viele alte Menschen gebe, sondern entschieden zu wenig junge. Mit Hinweis auf die aktuelle Kinderwunschstudie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung stellte der Abgeordnete fest, dass



Norbert Glante in Forst

Foto: J. Christen

die Frauen noch immer die größte Last bei der Kindererziehung und die größte Einschränkung durch Kinder erfahren. Das sei ein wesentlicher Grund für die sinkende Geburtenrate. Darüber hinaus folgten aber auch immer mehr junge Leute einem „Ideal der freiwilligen Kinderlosigkeit“. „Immer mehr Deutsche können sich ein Leben ohne Kinder vorstellen“, sagte der Abgeordnete.

Deutschland steht mit diesem Problem nicht allein in Europa. Unser Nachbar Polen liegt mit der aktuellen Geburtenrate von 1,2 Kindern pro Frau noch unter der Rate Deutschlands von 1,4. Die Polen stehen damit vor ähnlichen noch zu lösenden Aufgaben wie die Deutschen und andere Länder in Europa. Die Europäische Kommission hat deshalb ein sogenanntes Grünbuch herausgegeben, das die Ursachen für diese Bevölkerungsentwicklung in Europa weiter untersucht, um geeignete Maßnahmen zur Bewältigung dieser wichtigen Zukunftsfrage ergreifen zu können. Norbert Glante: „Ohne Kinder haben wir keine Zukunft.“ Deshalb müssen Gesellschaft und Politik die Bedingungen für Familien und Kinder verbessern, das Ansehen der Familien stärken und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen fördern. Nur so wird es gelingen, dass wieder mehr Kinder geboren werden. JC

„WIR SIND DIE SAUDIS VON MORGEN“

Eberswalde. Der Europaabgeordnete Norbert Glante stattete am 30. August dem Wald-Solar-Heim Eberswalde einen Informationsbesuch ab. Zuerst erörterte der Abgeordnete mit dem Landrat Bodo Ihrke aktuelle europapolitische Entwicklungen. Danach stellte der Leiter des Wald-Solar-Heims Thomas Simon dem Abgeordneten seine auch durch Mittel der Europäischen Union geförderte Bildungseinrichtung vor.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Wald-Solar-Heims liegt im Bereich erneuerbare Energien, mit denen sich Norbert Glante als Mitglied im Industrieausschuss des Europäischen Parlaments neben Fragen der konventionellen Energieerzeugung seit längerem auch befasst. Der Abgeordnete nahm deshalb mit großem Interesse zur Kenntnis, dass das Eberswalder Informations-Centrum Holz-Energie (E.I.C.H.E. e.V.) ein neues Erfolg versprechendes Projekt „Energiekompetenzzentrum“ in Eberswalde auf den Weg gebracht hat. Der Leiter des Forstbetriebes im Amt für Forstwirtschaft Eberswalde Lothar Krüger stellte die durchaus ehrgeizigen Ziele des Projektes dar und verwies in diesem Zusammenhang mehrfach auf viele Kooperationspartner, darunter auch das Holz-Pellets-Werk in Schwedt. Auch Landrat Bodo Ihrke pries

die Zukunftsperspektiven für die Region mit Blick auf die Entwicklung der Energiewirtschaft als überaus positiv. So verfüge die Region bereits jetzt über wesentlich mehr Energieressourcen, als sie selbst verbrauche. „Wir sind die Saudis von morgen“, scherzte Ihrke mit breitem Lächeln. Von den verbliebenen knapp 2.000 Industriearbeitsplätzen in der Region seien bereits jetzt 850 im Bereich Windkraft angesiedelt. Dies und auch andere Bereiche seien noch ausbaufähig.

Jana Radeke präsentierte dem Europaabgeordneten das aktuelle Europaprojekt zur Entwicklung des ländlichen Raumes mit dem schönen doppeldeutigen Titel „Robin Wood“, nicht zu verwechseln mit der Umweltorganisation „Robin Wood“. Dieses auch von der EU finanzierte Projekt habe Partner in Spanien, Wales, Polen und



Optimistische Energieperspektive für Barnim

Foto: J. Christen

der Slowakei. Die spezielle Aufgabe der Barnimer dabei sei es, die Aufgabe eines „Energiepädagogen“ zu definieren und diesen als Institution zu etablieren. Bei soviel europaweitem Engagement auf seinem Fachgebiet Energiepolitik fühlte sich der Europaabgeordnete Glante sichtlich wohl und zeigte sich hoch erfreut über die starken Aktivitäten in der Region. Glante versicherte, seine besondere Aufmerksamkeit in Fragen Energiepolitik auch in der Zukunft weiterhin auf die Region Barnim zu richten. JC

SCHÜLER AUS POLEN IN POTSDAM

Potsdam. Am 22. September stand der Europaabgeordnete Glante 20 polnischen Schülerinnen und Schülern aus Przyleb und 15 deutschen von der Oberschule aus Peitz im Regine-Hildebrandt-Haus in Potsdam zu europäischen Themen Rede und Antwort. Der Generalsekretär des SPD-Landesverbandes Brandenburg Klaus Ness freute sich ebenso wie der Abgeordnete, eine Schülergruppe aus Polen begrüßen zu können.

Die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsklassen 8 bis 10 wurden von je zwei Fachlehrerinnen aus Przyleb und aus Peitz begleitet. Die Fahrt wurde von der deutsch-polnischen Schulinitiative der Städte Peitz und Przyleb mit

organisatorischer Hilfe durch das „Deutsch-Polnische Kooperationsbüro der Sparkassen - Polsko-Niemieckie Biuro Wspolpracy Kas Oszczednosciowych“ in Frankfurt (Oder) durchgeführt.



Jung in Europa, Info-Bus in Potsdam

Foto: J. Christen

„Ich unterstütze nachdrücklich das gemeinsame Kennenlernen deutscher und polnischer Jugendlicher. Es ist für diese Begegnungsfahrt bedauerlich, dass aufgrund fehlender Mittel auf der deutschen Seite das Programm erheblich gekürzt und die ursprüngliche Absicht, den polnischen Schülerinnen und Schülern einen Einblick in den deutschen Schulalltag und bei Brandenburger Gastfamilien zu geben, gestrichen werden musste. Umso erfreulicher, dass sich kurzfristig mit der Euroregion Spree-Neiße-Bober, der Stadt Peitz und dem Brandenburger Landtag Sponsoren gefunden haben, die diese Begegnungsfahrt noch ermöglicht haben“, sagte der Europaabgeordnete.

Nach der Diskussionsrunde besuchte die Gruppe zusammen mit dem Abgeordneten den Info-Bus des Europäischen Parlaments am Brandenburger Tor in Potsdam. Hier fand auch eine Pressekonferenz statt. JC

KONFERENZ IN PANAMA

Zentralamerikanisch-europäisches Forum: Der Weg zu biregionalen Verhandlungen

Am 13. und 14. September nahm Norbert Glante auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung an einem Kongress in Panama teil, zu dem sich zahlreiche politische Vertreter der Regierungen und Parlamente aus der Region und Verantwortliche seitens der Europäischen Institutionen versammelt hatten,

um ein angestrebtes europäisch-zentralamerikanisches Assoziierungsabkommen vorzubereiten. Das Forum fand unmittelbar nach dem jüngsten Wien-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU und Lateinamerikas statt, bei dem die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der

Europäischen Union und den sechs zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama beschlossen wurden.

Als erfahrener Europaparlamentarier und Mitglied der parlamentarischen Delegation EU - Chile sowie stellvertretendes Mitglied der Delegation EU - Mercosur hielt Norbert Glante eine mit Spannung erwartete Rede über die Interessen, Positionen und Konditionen für die Verhandlungen seitens der EU. Die Europäische Union ist im Rahmen ihrer Kooperationspolitik bestrebt, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der gesamten Region Lateinamerika zu festigen und setzt sich dort insbesondere auch für eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Staaten ein. Dazu soll bis zum Jahr 2010 eine Freihandelszone errichtet sein.

Der politische Meinungsaustausch während des Kongresses hat deutlich gemacht, dass sich im nächsten Schritt hin zu einem angestrebten Assoziierungsabkommen die Länder Zentralamerikas zunächst auf ein gemeinsames Mandat einigen müssen, damit die Verhandlungen mit der EU aufgenommen werden können. PM



Norbert Glante bei der Konferenz in Panama

Foto: FES

EU-KOMMISSION FÖRDERT KMU

In der vom Europäischen Rat im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie, durch die sich die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln soll, kommt den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) eine wichtige Rolle zu. KMU sind Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, die in der Europäischen Union rund 99% des gesamten Unternehmensbestandes stellen. Es gibt in der EU ca. 23 Millionen KMU mit insgesamt 75 Millionen Arbeitsplätzen.

Seit 2000 hat die Europäische Kommission verschiedene Maßnahmen ergriffen, um KMU in vielerlei Hinsicht zu unterstützen. Dazu gehört z. B. das Grünbuch „Unternehmergeist in Europa“, mit dem Ziel, eine breite Diskussion zur besseren Unterstützung des Unternehmertums in Europa auszulösen. Im Zuge der Halbzeitbewertung der Lissabonstrategie wurde 2005 eine Mitteilung für eine moderne KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung verabschiedet, die spezifische Aktionen in fünf ausgewählten Themenfeldern vorschlug. Dabei ging es vor allem um die Förderung unternehmerischer

Initiative und Fähigkeiten, die Verbesserung des Marktzugangs von KMU, den Abbau bürokratischer Hindernisse, eine Verbesserung des Wachstumspotenzials der KMU sowie um einen verstärkten Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren. Im Frühjahr dieses Jahres beschloss der Europäische Rat einen verstärkten Beitrag von nationalen und EU-Ressourcen zur Unterstützung des Unternehmertums in Europa. Dabei stand die Entwicklung eines rechtlichen Rahmens für Unternehmen im Vordergrund, der von den Mitgliedstaaten mit einfachen und transparenten Regelungen zu füllen ist. Ziel ist u. a. der Aufbau einer Online-Registrierung bei der Neugründung von Unternehmen. Mit Hilfe eines sogenannten „one-stop-shops“ soll die Anmeldung einer Firma nicht länger als eine Woche dauern, und die Anmeldekosten sollen um 50% reduziert werden.

Welches sind nun die aktuellen Schwerpunkte der KMU-Politik der EU? Zum einen sollen im Rahmen der Nationalen Reformprogramme die Mitgliedstaaten ihre Reformbemühungen verstärken und intensiver an der Schaffung eines unternehmerfreundlichen Umfelds arbeiten. Dazu gehört auch der Ausbau unternehmerischer Initiativen z. B. durch Projekte bereits in der Schule. Die Kommission wird voraussichtlich ein

Programm zum grenzüberschreitenden Austausch von Lehrlingen auflegen. Weiterhin soll die Rechtsetzung verbessert werden. Nach dem Grundsatz „Think small first“ (zuerst an die Kleinen denken) wurden alle aktuellen Rechtsakte auf ihre KMU-Freundlichkeit überprüft. Diese Initiative hat bereits zur Rücknahme von 67 Gesetzesvorschlägen geführt. Auch zukünftige Gesetzgebungsvorschläge müssen im Rahmen einer Folgenabschätzung hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf KMU bewertet werden. Weiterhin sollen bestehende Rechtsakte vereinfacht, und insgesamt soll so zum Bürokratieabbau beigetragen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Innovation, dem sich die finnische Ratspräsidentschaft besonders widmet. In einem

Der Mittelstand macht's!



Grafik: BMWA / Quelle: IfM Bonn

Programm für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit wird 1 Mrd. EUR für Risikokapital und andere Finanzinstrumente insbesondere für junge und innovative Unternehmen zur Verfügung gestellt. Zur Unterstützung der Finanzierung von KMU schlug die Kommission kürzlich vor, dass die Grenze für De-Minimis-Beihilfen von 100.000 EUR in Zukunft auf 200.000 EUR angehoben wird. Außerdem soll die Obergrenze für verbürgte Kredite auf 1,7 Mio. EUR steigen. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen gestärkt, ohne den Wettbewerb zu verzerren.

Schließlich wurde nach dem erfolgreichen Abschluss einer Pilotphase das Programm „Unternehmenserfahrung“ durch Kommissar Verheugen gestartet. Darin ist vorgesehen, dass bis 2009 alle 300 Beamte aus der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Kommission für eine Woche ein Praktikum in einem KMU absolvieren, um einen Einblick zu gewinnen und praktische Erfahrungen am „lebenden Objekt“ zu sammeln. Vielleicht wird ja demnächst auch in Ihrem Unternehmen ein Kommissionsmitarbeiter tätig! Immerhin haben die vorge-

nannten Maßnahmen auch Auswirkungen auf das Land Brandenburg und seine Unternehmen. Ca. 607.000 Menschen arbeiten in 63.600 KMU hierzulande, von denen hoffentlich viele von den neuen Programmen profitieren werden. Norbert Glante wird die Entwicklungen in diesem Bereich als Schattenberichterstatter für einen Initiativbericht des Europäischen Parlaments zum Thema „Jetzt aufs Tempo drücken – Ein Europa der unternehmerischen Initiative und des Wachstums schaffen“ weiter verfolgen. HS

EU-ENERGIEPOLITIK

In Zusammenarbeit mit dem Büro des Europaabgeordneten Norbert Glante organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Brüssel vom 10. bis 13.9. ein Informationsseminar zum Thema „Europäische Energiepolitik - Herausforderungen im Binnenmarkt und für die Außenpolitik der EU“. Teilnehmer waren Politiker, Journalisten und Wirtschaftsvertreter aus Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Das Spektrum reichte von Journalisten, Energieberatern, Aktivisten einer Bürger-solarinitiative bis zu Abgeordneten und Mitarbeitern des Brandenburgischen Landtags.



Seminargruppe Energiepolitik

Foto: Europäisches Parlament

Ein Besuch der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU und ein Gespräch mit einem Mitarbeiter der Generaldirektion für Energie und Verkehr der Europäischen Kommission, eine Diskussion mit einem Lobbyisten aus der EU-Vertretung des Energieunternehmens EnBW so-

wie ein Hintergrundgespräch mit Norbert Glante und anschließender Teilnahme an der öffentlichen Anhörung zum „Grünbuch für eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ standen auf dem vollgepackten Veranstaltungsprogramm.

Informationen zum Thema „Grünbuch für eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ gibt es im Internet auf dem Informationsportal der Kommission unter: http://www.europa.eu/pol/ener/index_de.htm OJ

„Die Zeit in Brüssel war für mich ausgesprochen schön. Neben der abwechslungsreichen und vielseitigen Arbeit im Abgeordnetenbüro habe ich auch die Stadt Brüssel mit ihrem internationalen Flair, ihrer Vielzahl an kulturellen Angeboten sowie ihrer Nähe zum Meer schätzen gelernt. Doch auch in Berlin warten neue und spannende Aufgaben auf mich. So verlasse ich Belgien und die Kolleginnen und Kollegen mit einem lachenden und weinenden Auge und wünsche meinem Nachfolger und Norbert Glante alles Gute bei seiner engagierten Arbeit für Europa.“
Barbara Fischer



Ein Lächeln zum Abschied, Barbara Fischer.

NEUE GESICHTER IM BÜRO BRÜSSEL

Mehr als fünf Jahre lang war Barbara Fischer Büroleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Brüsseler Büro des Europaabgeordneten Norbert Glante. Während dieser Zeit unterstützte sie vor allem die Arbeit des Abgeordneten im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, zu der neben der inhaltlichen Vorbereitung von verschiedensten Themen im Energie- und Forschungsbereich auch das Projekt des Satellitennavigationsprogramms Galileo gehört. Daneben koordinierte sie die Arbeiten des Büros, organisierte Besuchergruppen und kümmerte sich um die Öffentlichkeitsarbeit. Auch die Redaktion des Europabriefes war selbstverständlich Teil der Arbeit. Seit Mitte September ist Frau Fischer in Berlin für den Energiekonzern Vattenfall Europe tätig. Für ihre dortige Arbeit wünschen wir ihr einen guten Start und viel Erfolg. Ihr Nachfolger in Brüssel ist Henning Schüchner, der zuvor



Neu im Team: Henning Schüchner

Foto: N. Glante

in der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU in Brüssel arbeitete. Seit Anfang September ist auch die brandenburgische Studentin Ota Jaksch für ein dreimonatiges Praktikum im Brüsseler Büro.

Das Redaktionsteam

IMPRESSUM:

HERAUSGEBER:

Norbert Glante MdEP
Alleestraße 9
14469 Potsdam

REDAKTION:

Joachim Christen (Vi.S.d.P.)
Ota Jaksch
Sebastian Haunstein
Petra Manderscheid
Henning Schüchner

DRUCK UND VERLAG:

Druckerei Uwe Pohl
Carl-Reichstein-Straße 15
14770 Brandenburg

TERMINE

19. Oktober 2006, 19.00 Uhr

Bürgerforum „MITREDEN ÜBER EUROPA“
Staatskanzlei, Heinrich-Mann-Allee 107, Potsdam

24. bis 27. Oktober 2006

Studien- und Informationsreise zum Europäischen Parlament
in Straßburg, organisiert durch das Potsdamer Büro von
Norbert Glante

31. Oktober 2006, 18.30 Uhr

Podiumsdiskussion
„Die Energieversorgung Europas – abhängig von Russland?“
Teilnahmebedingungen: www.heinz-schwarzkopf-stiftung.de

1. Dezember 2006

Veranstaltung von Norbert Glante zur ZUKUNFT DER EU
Landtag Brandenburg, Am Havelblick 8, Potsdam
Programm und Anmeldung unter info@glante.eu oder
Tel. 0331-73098400

immer dienstags, 14.00 - 15.30 Uhr

Informationen zum Thema „Arbeiten in Europa“
Berufsinformationszentrum, Friedrichstr. 39, Berlin
Tel. 030/555599-2626, www.europaserviceba.de

immer freitags, 10.00 - 16.00 Uhr

Sprechstunde der Europäischen Bürgerberaterin
telefonisch: 030/2280-2450 (nur freitags)
oder per E-Mail: eu-de-buergerberater@ec.europa.eu
oder persönlich (Anmeldung empfohlen, 030/2280-2000):
Vertretung der EU-Kommission, Unter den Linden 78, Berlin

Aus Funk und Fernsehen

Radio:

EUROPA - heute, Deutschlandfunk Mo - Fr 9.10 - 9.30 Uhr
Gesichter Europas, Deutschlandfunk samstags 11.05 - 12.00 Uhr

Fernsehen:

euromaxx - Leben und Kultur in Europa täglich 17.30 - 18.00 Uhr
Deutsche-Welle TV

heute - in Europa, ZDF Mo - Fr 16.00 - 16.15 Uhr

Bericht aus Brüssel, WDR dienstags 21.55 - 22.10 Uhr

0800 Brüssel, WDR donnerstags 12.15 - 12.45 Uhr

Arte Europa, Arte freitags 14.00 - 14.30 Uhr

Europamagazin, ARD samstags 16.00 - 16.30 Uhr

Das Forum der Europäer, Arte samstags 19.00 - 19.45 Uhr

PUBLIKATIONEN



Thema Europa – Die Zukunft der europäischen Industrie

Das Thema Europa wurde von den sozial-
demokratischen Abgeordneten im Euro-
päischen Parlament herausgegeben.

„Die Industrie ist nach wie vor ein wich-
tiges Standbein unserer Wirtschaft, ohne
das wir unseren Lebensstandard unmög-
lich halten können.“ Doch wo steht die
europäische Industrie heute?



Europa 2006 – wissen, verstehen, mitreden

In der Broschüre werden die Organe der
EU, ihre Aufgaben und Kompetenzen kurz
beschrieben, verschiedene europäische
Politikfelder sowie der EU-Haushalt
erläutert und Fragen zur Zukunft der
Union beantwortet. Ergänzt wird das Heft
durch eine herausnehmbare Europakarte.



Thema Europa – Welche Zukunft für Europa?

Nach den ablehnenden Verfassungsrefe-
renden in Frankreich und den Niederlan-
den soll die so genannte Reflexionsphase
genutzt werden, um mit den Bürgerinnen
und Bürgern über ihre Sorgen und die Zu-
kunft der EU zu debattieren. Die 30-seitige
Broschüre beschreibt die Herausforderun-
gen für die Union und liefert Anregungen
für die Debatte.

KONTAKT POTSDAM:

Neue Anschrift!

SPD-Europabüro
Joachim Christen
Alleestraße 9
D-14469 Potsdam
Tel.: 0331 - 73 09 84 00
Fax: 0331 - 73 09 84 02
info@glante.eu

BRÜSSEL:

Europäisches Parlament
Henning Schüchner
Rue Wiertz, ASP 12G242
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032 - 2 - 284 53 56
Fax: 0032 - 2 - 284 93 56
norbert.glante@europarl.europa.eu

HOMEPAGE:

www.glante.eu